Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim. Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 259. **Mittwoch** den 23. Mai 1900. **94. Jahrgang.**

Der Wiederbeginn der französischen Parlamentstagung.

≥ Nach einer längeren Pause hat soeben die französische Deputirtenkammer ihre Berathungen wieder aufgenommen. In der letzten Zeit vor der Pause hatten diese Berathungen wiederholt einen stürmischen Charakter, weil die reactionären Feinde des Ministeriums dieses zu stürzen suchten, was ihnen aber, Dank der Aufmerksamkeit der ehrlichen Republikaner, jedesmal mißglückte. Wird dieser Versuch nunmehr erneuert werden, und wird er, falls er stattfindet, von Erfolg begleitet sein? Manches spricht für, Manches aber auch gegen die Annahme der Herbeiführung einer parlamentarischen Krisis in der nächsten Zeit.

Für die Annahme eines Sturmes auf die Position des Ministeriums spricht zunächst der leidenschaftliche Haß, den es seinen Gegnern einflößt. Gewiß hat jedes französische Ministerium von vornherein eine Gegnerschaft: einmal an den politischen Gegnern der im Ministerium vertretenen Parteien, und zweitens an jenen Ehrgeizigen, die gehofft hatten, ans Ruder zu kommen, die nun enttäuscht sind und die die Gelegenheit, ihre Hoffnung zu verwirklichen, um so rascher herbeiführen möchten. Aber die Abneigung gegen das gegenwärtige Ministerium geht weit über diese traditionelle Gegnerschaft hinaus. Es gilt als das Ministerium der Juden, der Dreyfusisten, der Kirchenfeinde, der Panamisten. Und dieser Haß könnte um so eher Neigung empfinden, sich in einem wüthenden Ansturm auf das Ministerium Luft zu machen, als der Ausfall der Pariser Gemeinderathswahlen eine scharfe Absage der Pariser Bevölkerung an die Adresse des Ministeriums bedeutet. Wären nur die Hauptwahlen in Paris im Sinne der Nationalisten ausgefallen, so hätte dies noch hingehen mögen, aber da auch die eine Woche später stattgefundenen Stichwahlen ebenso ungünstig für die Anhänger des Ministeriums ausgefallen sind, so ist an der entschiedenen Opposition der Pariser Bevölkerung gegen die ministerielle Richtung nicht zu deuteln. Damit ist nicht etwa gesagt, daß die Pariser Bevölkerung ein halbes Jahrhundert später nicht vielleicht eine ganz andere Auffassung documentiren könnte, aber gegenwärtig steht Paris auf der Seite der nationalistischen Todfeinde des Ministeriums. Und dadurch dürfte mancher Abgeordnete, der vor den Osterferien noch mit dem Ministerium ging, jetzt der Gegenpartei zugeführt worden sein. Denn während es einem deutschen Reichstagsabgeordneten völlig gleichgiltig ist, wie die politische Richtung und die augenblickliche Stimmung der Berliner Bevölkerung ist, legt der französische Deputirte auf die Stimmungen der Boulevards einen großen Werth.

Eigentlich sollte man erwarten, daß dem Ministerium noch etwas Ruhe gelassen werde. Zunächst sind die Nationalisten mit ihren Gegnern in einem sehnlichen Wunsche vereint: daß es nämlich dem Kaiser von Rußland gefallen möge, in diesem Sommer Paris und Frankreich zu besuchen. Nun ist die Thatsache des Besuches noch keineswegs als gesichert anzusehen, wenn auch französische Blätter mit echt republikanischem Eifer nachspüren, welche Tage des kaiserlichen Reiseprogramms noch unbesetzt und deshalb vielleicht für Paris frei sind. Die Wahrscheinlichkeit des Besuches würde nun aber beträchtlich herabgemindert werden, wenn Paris in diesem Sommer der Schauplatz von heftigen politischen Kämpfen, von Straßentumulten und von Ministerstürzen werden sollte: kurz, wenn Paris wieder der Schauplatz so wüster Scenen, wie sie im vorigen Jahre die schöne Stadt zu einem höchst unbehaglichen Aufenthaltsort für Fremde gemacht haben, werden sollte. Würden nun die Nationalisten das Ministerium stürzen, und würde der russische Kaiser nicht nach Paris kommen, so würde diese Thatsache von den Gegnern der Nationalisten zu einem heftigen Stoße gegen die Popularität dieser Gruppe ausgenutzt werden. Umgekehrt müssen sich die Nationalisten sagen, daß, wenn das gegenwärtige Ministerium den Sommer über am Ruder bleibt und der russische Kaiser doch nicht nach Paris kommt, sie dann im Herbst diese Thatsache gegen das Ministerium ausspielen können, indem sie sagen, daß Kaiser Nikolaus nur darum nicht nach Paris hätte kommen wollen, weil er sich von einem solchen Ministerium nicht hätte die Honneurs machen lassen wollen.

Zum Zweiten müßte doch auch die Weltausstellung ein Wörtchen mitsprechen, um die nationalistische Leidenschaft im Zügel zu halten. Oder wollen die Nationalisten die Verantwortung für die Gefährdung des Erfolges des Ausstellungswerkes auf sich nehmen? Und diese Gefährdung wäre vorhanden, wenn Paris der Gegenstand politischer Unruhen würde. Die diesmalige Ausstellung ist ein so unerhört kostspieliges Unternehmen, daß ihr Besuch ein ganz enormer sein muß, wenn einigermaßen ein finanzielles Gleichgewicht hergestellt werden soll und wenn vor Allem die zahllosen mit der Ausstellung zusammenhängenden Unternehmungen, an die ebensoviel Existenzen geknüpft sind, nicht verkrachen sollen. Nun hat die Ausstellung gleich zu allem Anbeginn verschiedenes Mißgeschick gehabt: vollkommene Unfertigkeit, ungünstiges Wetter, ein schwerer Unglücksfall. Kämen noch dazu Straßentumulte nach Art der vorjährigen, so wäre das Schicksal der Ausstellung besiegelt, und die Schuld an dem Unglücke würde natürlich mit Recht den Nationalisten beigemessen werden; mit der Sympathie der Pariser Bevölkerung für diese Herren wäre es jedenfalls vorbei.

So befinden sich die Nationalisten in einem unbehaglichen Dilemma. Folgen sie ihrer durch die Siegesfreude gesteigerten Herzensneigung, so versuchen sie das Ministerium zu Falle zu bringen; folgen sie der Stimme der Vernunft, so lassen sie dem Ministerium noch bis zum Herbste Ruhe. Offenbar haben sie sich für das Erstere entschieden, denn die „Agence Havas" meldet unterm 21. Mai: Der Deputirte Graf Castellane hat seine Anfrage über eine von Reinach in Digne gehaltene Rede in eine Interpellation umgewandelt. In Folge der Einbringung dieser Interpellation scheint es sicher, daß morgen in der Kammer eine Erörterung der allgemeinen Politik der Regierung erfolgen wird. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau wird sich der Kammer zur Verfügung stellen, und diese wird ohne Zweifel über ihre Beurtheilung der Lage sogleich im Reinen sein und sie der Regierung klar zu erkennen geben.

Der Krieg in Südafrika.

-φ. Nunmehr wird auch durch ein gestern in London eingetroffenes Telegramm Lord Roberts' der

Entsatz von Mafeking

bestätigt. Der Feldmarschall berichtet: Oberst Mahon zog am 18. Mai 4 Uhr Morgens in Mafeking ein, nachdem er am 17. Mai neun Meilen von Mafeking einen heftigen Kampf mit einer 1500 Mann starken Boerenabtheilung zu bestehen gehabt hatte. Diese hatte er nach einem fünfstündigen Kampfe und nach hartnäckigem Widerstande aus ihrer starken Stellung vertrieben. Am Morgen des Kampfes war eine Abtheilung kanadischer Artillerie nach einer Reihe von Eilmärschen zu Oberst Mahon gestoßen und leistete ihm werthvolle Hilfe. Der englische Verlust beträgt etwa 30 Mann. Die Verluste der Boeren sind schwer.

Eine kurze und übersichtliche Darstellung der Belagerung von Mafeking giebt folgende Tabelle, die von einem englischen Blatte aufgestellt wird:

1899.

14. October:		Die Boeren erscheinen vor Mafeking.
15.	"	Beginn der Belagerung.
16.	"	Creuzot's Kanonen eröffnen das Feuer.
24.	"	Nächtlicher Ausfall.
31.	"	Boerenangriff zurückgeschlagen.
3. November:		Erfolgreicher Ausfall.
6.	"	Angriff auf die feindliche Position.
6. December:		Plumer's Angriff auf die Boeren bei Machibi.
26.	"	Angriff der Garnison auf Game Tree Fort zurückgeschlagen.

1900.

25. Januar:		Das Spital von den Boeren bombardirt.
29.—31.	"	Heftiges Artilleriefeuer.
19. Februar:		Die Garnison auf Pferdefleisch angewiesen.
24.	"	Zurückgeschlagener Boerenangriff.
6. März:		Plumer bei Lobatsi geschlagen.
26.	"	Fürchterliches Bombardement der Boeren.
31.	"	Plumer bei Ramathlabama zurückgeschlagen.
11. April:		Heftiges Bombardement.
12. Mai:		Letzter Angriff der Boeren. Sie werden mit schweren Verlusten zurückgeschlagen.
18.	"	Entsatz.

Die abenteuerliche Meldung des „Daily Expreß" und der „Daily News", die ganze um Mafeking befindliche Streitmacht der Boeren sei nebst ihren Geschützen gefangen genommen, kann man ruhig in das Reich der Erfindung verweisen. Schon die Zahlverhältnisse schließen diese Möglichkeit aus, da auf beiden Seiten die Truppenzahl ungefähr gleich ist. In der Depesche, die Milner an Chamberlain über die Befreiung Mafekings sandte, fügt dieser, wie Reuter aus London meldet, hinzu, die Entsatzcolonne sei eine gemischte Streitmacht unter dem Obersten Mahon und etwa 2300 Mann stark. Man hielt sie bisher für bedeutend schwächer, aber auch bei diesem Stärkeverhältniß wäre nicht gut denkbar, daß eine Einschließung der boerischen, auf 3000 Mann angegebenen Belagerungsarmee erfolgt wäre. Der unermüdliche Vertheidiger der Stadt, Oberst Baden-Powell, hat den Lohn für seinen Muth und seine Ausdauer in der Beförderung zum Generalmajor erhalten.

Die Mittheilung, daß General Barton aus Taungs den Entsatz Mafekings gemeldet habe, muß überraschen. Barton gehört zu Hunters Truppen und diese waren zuletzt amtlich aus Christiana am Vaal gemeldet, während ein unglaubwürdiges Gerücht sie schon Klerksdorp besetzt haben ließ. Indessen war Barton damals wirklich in Taungs. Lord Roberts meldete nämlich aus Kroonstad vom 21: „Hunter rückt längs der Eisenbahn mit Vorräthen für die Garnison in Mafeking vor und richtet einen Hospitalzug zur Beförderung der Kranken und Verwundeten nach Kimberley ein. Methuen verließ Hoopstad, um mit Hunters Streitmacht zusammenzuwirken." Es ist demnach, bemerkt die „Kölnische Zeitung", klar, daß Roberts seinen Plan plötzlich geändert hat. Ursprünglich beabsichtigte er offenbar, Hunter und Methuen, den einen nördlich, den anderen südlich vom Vaal vorrücken zu lassen. Er ließ sie eine Rechtsschwenkung machen und in nordöstlicher Richtung vorrücken. Hunter war in dieser Bewegung bis Christiana, Methuen bis Hoopstad gekommen. Sie sind, wie nunmehr ersichtlich wird, zur alten Marschrichtung zurückgeschwenkt und folgen, wie zu Anfang, der Bahnlinie weiter, Hunter an dieser marschirend, Methuen den rechten Flügel deckend. Ob der einzige Grund dafür die Verproviantirung der Besatzung von Mafeking ist, wie Roberts angiebt, darf man füglich bezweifeln. Für eine so untergeordnete Aufgabe wäre ein so starkes Aufgebot arge Kraftvergeudung. Man wird also wohl annehmen müssen, daß Roberts seinen Feldzugsplan geändert hat und Hunter, sowie Methuen von Mafeking aus in Transvaal einfallen lassen will, um den Feind, wenn er bei Johannesburg und Pretoria oder südlicher am Baalufer Widerstand zu leisten versuchen sollte, in den Rücken zu fallen und ihn zu zwingen, mit zwei Fronten zu kämpfen. Zum Theil wird ihn die Nothwendigkeit, selbst in Kroonstad länger zu verweilen, zu dieser Aenderung veranlaßt haben. Wenn er selbst nicht den Hauptstoß führen konnte, dürften sich seine viel schwächeren Flügel auch nicht über seine Frontlinie hinauswagen, ohne Gefahr zu laufen, in eine mißliche Lage zu kommen. Hunter und Methuen hätten also in Christiana und Hoopstad oder ein wenig nördlicher liegen bleiben müssen, bis die Hauptarmee wieder actionsfähig war. Das war aber schon vom Standpuncte der Verpflegung eine heikle Sache. Es erscheint deshalb verständlich, wenn der Oberstcommandirende sie wieder zur Eisenbahn abschwenken ließ, an der sie ungehindert und wohlverpflegt vorrücken und zur rechten Zeit mit ihm zusammen in Transvaal einfallen können.

Uncontrolirbar sind die folgenden Meldungen:

* **London**, 22. Mai. (Telegramm.) Der Berichterstatter des „Daily Chronicle" in Kroonstad berichtet, General Dewet spreche sich für die Waffenstreckung aus, wenn annehmbare Bedingungen erlangt würden. General Botha dagegen rathe zum Widerstande. — „Morning Post" berichtet aus Kroonstad unter dem 20. Mai: Die Boeren verlassen Harrysmith und wenden sich nach Norden. Es läuft das Gerücht um, daß der Van reenen-Paß frei sei, und der Botha-Paß nur von wenigen Boeren vertheidigt werde.

Aus Pretoria

meldet „Reuter's Bureau" unterm 21. Mai: Eine unter freiem Himmel abgehaltene Versammlung, der 200 Personen beiwohnten, berieth über die Sachlage im Falle einer Belagerung Pretorias. Es wurde ein Ausschuß eingesetzt, der für die Sicherheit der Frauen und Kinder Sorge tragen soll. Gleichzeitig wurde der niederländische Consul aufgefordert, seiner Regierung zu rathen, daß sie zum Schutze der niederländischen Unterthanen die nöthigen Maßregeln ergreife.

Deutsches Reich.

+ **Berlin**, 22. Mai. (Die Nationalliberalen und die Ersatzwahl in Waldenburg.) Die Reichstagsersatzwahl in Waldenburg ist auf den 26. Juni angesetzt worden, so daß uns kaum noch fünf Wochen von dem Wahltermine trennen. Wie gewöhnlich, sind die Socialdemokraten zuerst auf dem Plane erschienen; sie haben natürlich den „Genossen" Sachse, dessen Wahl für ungiltig erklärt worden ist, wieder aufgestellt. Zweifellos werden ferner Candidaten der freisinnigen Volkspartei und des Centrums aufgestellt werden. Ob zwischen den gemäßigten Parteien wieder eine Zersplitterung eintritt, indem je ein Candidat der Nationalliberalen und der Reichspartei aufgestellt wird, steht noch dahin. Von diesen Candidaten sind diejenigen des Centrums und der freisinnigen Volkspartei lediglich Zählcandidaten. Das Centrum ist in diesem Wahlkreise, der nur zu 29 Procent katholisch ist, „geborene Minorität", ganz abgesehen davon, daß ein erheblicher Theil der katholischen Arbeiterbevölkerung socialistisch wählt. Was die Freisinnigen anlangt, so haben sie den Wahlkreis zwar zweimal innegehabt, nämlich 1894 und 1890, aber seitdem ist ihre Stimmenzahl rapide heruntergegangen. Während sie im Jahre 1890 noch über 7000 Stimmen aufbrachten, kamen sie 1893 nur auf 3600 und 1898 gar nur auf rund 3000. Begründete Aussicht, der Socialdemokratie den Wahlkreis abzunehmen, haben also nur die gemäßigten Parteien; diese Aussicht wird selbstverständlich herabgemindert, wenn auch diese Parteien, wie es 1898 der Fall war, sich auf zwei Candidaten zersplittern. Wird eine Einigung zwischen ihnen erzielt, so können sie, wenn auch nicht gleich im ersten Wahlgange siegen, so doch jedenfalls der socialdemokratischen Stimmenzahl sehr nahe kommen. Die Frage ist nun, ob ein nationalliberaler oder ein reichsparteilicher Candidat größere Aussicht besitzt, in der Stichwahl — denn nur darauf kann es hinauskommen — gewählt zu werden. Diese Frage sei hier nicht vom parteipolitischen, sondern vom Zweckmäßigkeitsstandpuncte aus untersucht. Zuzugeben ist von vornherein, daß der reichsparteiliche Candidat bei den Wahlen von 1898 eine sehr erheblich größere Stimmenzahl auf sich vereinigt hat, als der nationalliberale Bewerber, sodaß zweifellos der Beweis erbracht ist, daß die Reichspartei im Wahlkreise mehr Anhang hat als der Nationalliberalismus. Auf der anderen Seite aber sei daran erinnert, daß es in den letzten 1½ Jahrzehnten nur einmal geglückt ist, den Wahlkreis Waldenburg den radikalen Parteien zu entreißen und zwar durch einen nationalliberalen Candidaten. Die Reichspartei hat weder 1893 noch 1898 vermocht, gegen die Socialdemokratie obzusiegen; bei den Wahlen von 1898 fehlten ihr zwar nur wenige Dutzend Stimmen, aber man muß daran denken, daß diesmal ihre Aussichten erheblich schlechter sind, als damals. Bei der Stichwahl wird die Entscheidung zwischen dem Candidaten der gemäßigten Parteien und dem der Socialdemokratie nicht sowohl durch das Centrum, das immer nur zwischen 1000 und 1500 Stimmen aufzubringen vermochte, herbeigeführt, als vielmehr durch die Freisinnigen, die trotz ihres Rückganges noch immer über 3000 bis 4000 Stimmen verfügen. Nun waren die Freisinnigen wohl noch zu keiner Zeit so erbittert gegen die conservativen Parteien, wie gerade jetzt, wo ein Mitglied der Reichspartei bei der Berathung der lex Heinze durch einen höchst unbesonnenen Ausspruch die linksstehenden Parteien mehr erregt hat, als es selbst dem Centrum gelungen ist. In dieser Stimmung dürften die Freisinnigen, wenn ein reichsparteilicher Candidat in die Stichwahl kommt, sich nicht mit Stimmenthaltung begnügen, sondern geschlossen für den socialistischen Bewerber stimmen, dessen Wiederwahl kaum außer Zweifel stünde. Kommt hingegen ein nationalliberaler Bewerber in die Stichwahl, so kann man darauf rechnen, daß ein erheblicher Theil der Freisinnigen für diesen eintreten würde. Gewiß wird den conservativen Elementen des Kreises ein Opfer zugemuthet, wenn sie, die an Zahl stärker sind, als der gemäßigte Liberalismus, zu Gunsten des Letzteren verzichten sollen, aber nur so würde es möglich sein, der socialdemokratischen Partei ein Mandat zum Reichstage abzunehmen.

β. **Berlin**, 22. Mai. (Pferdebahnschaffnerstreik und Einigungsämter.) Es ist ein eigenthümliches Zusammentreffen, daß an demselben Tage, an dem der Streik der Berliner Straßenbahn-Angestellten seinem Ende zugeführt worden ist, die 16. Commission des Reichstages den Bericht des Abg. Freiherrn von Heyl über die Anträge Lieber-Hitze und Pachnicke-Roesicke genehmigt hat. Der Antrag der Commission an die Regierungen, für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesetzliche Bestimmungen über die Formen herbeizuführen, in denen die Arbeiter durch Vertreter an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten betheiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen der Regierung befähigt werden —, dieser Antrag kann sich nunmehr auf den Streik der Berliner Straßenbahn-Angestellten als auf weiteres wirksames Material berufen. Die Annahme der Vermittelung durch den Oberbürgermeister Kirschner hat mit Recht, noch ehe die Consequenzen davon bekannt geworden waren, die größte Befriedigung hervorgerufen. Daß die Streikenden sich an den Oberbürgermeister wandten und daß die Direction seine Vermittelung annahm, beruht aber am letzten Ende auf einem glücklichen Zufall. Gäbe es eine gesetzlich geordnete Instanz, die bei Streitigkeiten, wie die vorliegenden, gehört werden müßte, so bestünde in ungleich höherem Maße die Aussicht, daß Contractbruch und Arbeitseinstellung ebenso vermieden würden, wie die verhetzende Einmischung der socialdemokratischen Partei.

* **Berlin**, 22. Mai. (Die Börsensteuer-Beschlüsse der Budgetcommission.) Die Verhandlungen der Budgetcommission über die Erhöhung der sogenannten Börsensteuer sind jetzt beendigt. Die Beschlüsse der zweiten Lesung sind für die Commission endgiltige. Bei der Unzulänglichkeit der Berichte über die bekanntlich nicht öffentlichen Verhandlungen war es bisher für die Außenstehenden ganz unmöglich, den Umfang dieser Beschlüsse zu übersehen. Wir geben daher nach der „Nat.-Ztg." eine kurze Zusammenstellung:

1) Emissionsstempel (Effectenstempel). Dieser ist erhöht für inländische Actien auf 2 vom Hundert (bisher 1 Proc.), für ausländische Actien auf 2½ vom Hundert (bisher 1½ Proc.). Dabei ist als weitere wesentliche Erhöhung beschlossen worden, daß die Steuer nicht vom Nennwerthe der Actien, sondern von dem Courswerthe, zu welchem dieselben zur Ausgabe gelangen, erhoben werden soll. Inländische Renten- und Schuldverschreibungen sind von 4 vom Tausend auf 6 vom Tausend erhöht worden. Es ist gelungen, den gleichen Satz für ausländische Staatspapiere und ausländische Eisenbahnobligationen festzuhalten. Alle übrigen ausländischen Renten- und Schuldverschreibungen sollen 1 vom Hundert zahlen. In Betreff der bisherigen Ausnahmen von diesen Sätzen (Communalpapiere 1 vom Tausend, Pfandbriefe 2 vom Tausend) ist beschlossen, die beiden Kategorien gleichzustellen und auch die Communalpapiere mit 2 vom Tausend zu besteuern.

2) Umsatzsteuer. Dies war der streitigste Punct. In erster Lesung hatte die Commission beschlossen, dieselbe von ³/₁₀ vom Tausend für eine große Anzahl von Papieren (alle Actien und ausländischen Papiere) auf ⁵/₁₀ vom Tausend zu erhöhen. In der letzten Sitzung ist es gelungen, für die ausländischen Staatspapiere und Eisenbahnobligationen den alten Satz wieder herzustellen, so daß jetzt dem erhöhten Satze von ⁴/₁₀ vom Tausend nur unterliegen sollen: inländische und ausländische Actien, sowie diejenigen ausländischen Renten- und Schuldverschreibungen, welche keine Staatspapiere oder Eisenbahn-Obligationen sind. Dies ist ein ganz wesentlicher Erfolg. Ferner ist die bisherige Stempelfreiheit der Abschlüsse bis 600 ℳ aufgehoben. Dazu kommt dann noch die Heranziehung der sog. Compensationsgeschäfte zu den Stempelabgaben.

3) Außerdem ist noch eine Emissionssteuer auf Bergwerksantheile (Kuxe) von 2 vom Hundert und eine Steuer vom Umsatz in diesen Papieren von 1 vom Tausend beschlossen worden.

Es ist nicht anzunehmen, daß an diesen Sätzen (mit Ausnahme vielleicht der Emissionssteuer auf Kuxe) im Plenum noch etwas geändert wird, jedenfalls nicht nach unten, da eine große Mehrheit für dieselben eintritt. Die dissentirenden Mitglieder der Commission haben gegenüber den ursprünglichen Beschlüssen immerhin noch wichtige Verbesserungen erreicht.

≥ **Berlin**, 22. Mai. (Privattelegramm.) Die gestern Abend der „Köln. Ztg." von hier zugegangene Nachricht, daß nach längerem Widerstreben des Centrums eine Einigung über die Gestaltung der lex Heinze bereits erzielt sei, war falsch. Erst heute ist es zu einer Einigung gekommen, und zwar auf der vom Präsidenten im Seniorenconvent vorgeschlagenen Basis. Der Vorschlag des Präsidenten wurde in Form eines Antrags Hompesch im Reichstage eingebracht und hier sofort in erster, zweiter und dritter Lesung erledigt. Er enthält sämmtliche bisher angenommenen Paragraphen der lex Heinze, lässt hingegen den § 184b (Theater-Paragraph) ganz fallen und enthält von 184a (dem Schaufenster-Paragraphen) nur die Strafbestimmung für das Verkaufen und Anbieten der betreffenden Schriften und Abbildungen an Personen unter 16 Jahren. Er enthält also eine recht spitzige Fußangel für die Buch- und Kunsthändler, die sehr sorgsam verfahren müssen, wenn sie sich vor Strafe sichern wollen.

C. H. **Berlin**, 22. Mai. (Privattelegramm.) Der **Verband deutscher Berufsgenossenschaften** hat heute in einer Versammlung einen Protest gegen die Beschlüsse des Reichstags bezüglich der Einrichtung **territorialer Schiedsgerichte** an Stelle der berufsgenossenschaftlichen erhoben. Von 65 deutschen Berufsgenossenschaften waren Vertreter entsandt; die übrigen hatten sich bereits vorher der bekannten Protestresolution angeschlossen.

ßß **Berlin**, 22. Mai. (Privattelegramm.) Das **Staatsministerium** trat heute Nachmittag 3 Uhr unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen.

B. **Berlin**, 22. Mai. (Privattelegramm.) Die „Nat.-Ztg." dementirt selbst ihre Meldung von einer bevorstehenden **Verlobung der Königin von Holland.**

⊙ **Berlin**, 22. Mai. (Telegramm.) Die „N. A. Z." meldet: Sicherem Vernehmen nach ist die seit langer Zeit angestrebte Einigung über die Aufstellung gemeinsamer Grundzüge für die **medicinischen Promotions-Ordnungen** sämmtlicher deutschen Universitäten durch eine Verständigung der betheiligten Unterrichts-